

Aufschwung geht weiter, doch Risiken nehmen zu

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen 2019

Inhaltsübersicht

<u>Globaler Aufschwung mit Risiken</u>	1
<u>Deutschland: Kein Grund zum Pessimismus</u>	3
<u>Öffentliche Haushalte: Spielräume bleiben bestehen</u>	5
<u>Weiter mehr Beschäftigung und weniger Arbeitslosigkeit</u>	7
<u>Lohnzuwächse stabilisieren</u>	9

Globaler Aufschwung mit Risiken

Der globale Aufschwung setzt sich fort. Der Wachstumsmotor läuft dieses Jahr jedoch mit geringerer Drehzahl. Die Weltwirtschaft wird 2019 um voraussichtlich 3,5 Prozent wachsen. Letztes Jahr waren es noch 3,7 Prozent. Die globale Industrieproduktion und der Welthandel haben sich verlangsamt. Internationale Handelskonflikte und die Gefahr eines ungeordneten Brexit verunsichern Unternehmen und Konsumenten. Darunter leiden die Investitionen, der Außenhandel und die Konsumausgaben.

Die USA schieben weiterhin die Weltwirtschaft an. Die US-Wirtschaft wird auch dieses Jahr kräftig wachsen. Das IMK (Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung) rechnet mit einem Wirtschaftswachstum von stolzen 2,6 Prozent. Treiber des US-Wachstums sind der private

Konsum, die Investitionen und die Staatsausgaben. Die Arbeitsmarktlage ist weiterhin gut und stützt die private Konsumnachfrage. Die Arbeitslosigkeit fiel dieses Jahr unter die Schwelle von vier Prozent. Der Preisanstieg wird auf 1,9 Prozent prognostiziert. Die US-Notenbank hat aufgrund der guten wirtschaftlichen Lage eine Zinswende eingeleitet. Nach vier Zinserhöhungen liegt der Leitzins wieder über zwei Prozent. Der US-amerikanische Haushaltsstreit hat zu Jahresbeginn die Staatsausgaben gedrosselt. Der Konflikt wurde aber inzwischen beigelegt. Die wachstumstreibenden Effekte der Trumpschen Steuersenkungen und staatlichen Mehrausgaben laufen jedoch aus.

Auch in Europa verliert das Wachstum an Fahrt. Die EU-Kommission rechnet für das laufende Jahr für ihre 28 Mitgliedsländer mit einem durchschnittlichen Wachstum von 1,5 Prozent. Deutlich besser schneiden nur die osteuropäischen EU-Staaten ab.

» In Europa setzt sich der Aufschwung fort, jedoch verlangsamt.

Für den Euroraum prognostiziert die Kommission ein Wachstum von 1,3 Prozent. Dies entspricht einem Rückgang von 0,6 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr. Alle größeren Eurostaaten – Deutschland, Frankreich, Italien – wachsen langsamer als im vergangenen Jahr. Die Stütze der wirtschaftlichen Entwicklung im gemeinsamen Währungsraum ist der private Konsum. Die Arbeitslosigkeit geht weiter zurück. Im Euroraum könnte die Arbeitslosenquote dieses Jahr unter acht Prozent fallen. Dies ist das niedrigste Niveau seit der Finanzmarktkrise. Die Preise steigen voraussichtlich um 1,6 Prozent. Infolgedessen konnte die europäische Zentralbank ihre Geldpolitik wieder langsam normalisieren. Die Aufkaufprogramme laufen aus.

Die wirtschaftliche Entwicklung des europäischen Kontinents unterliegt großen politischen Unsicherheiten. So könnte ein ungeordneter Austritt Großbritanniens aus der EU negative wirtschaftlichen Folgen für das Vereinigte Königreich und seine europäischen Handelspartner haben. Einige größere britischen Unternehmen haben ihre Investitionen bereits gedrosselt und ihre Standorte verlagert. Die Wachstumsprognosen für die britische Wirtschaft wurden deutlich nach unten korrigiert. In Italien verschärfte eine schwache Konjunktur die Bankenkrise. Positiv wirken hingegen die sozialpolitischen Maßnahmen der neuen italienischen Regierung. Die Einführung einer Grundsicherung stützt den privaten Konsum. In Frankreich schwächt Macrons Arbeitsmarkt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Die sozialen Proteste halten an. Des Weiteren leidet der europäische Währungsraum an einer ungleichen Entwicklung seiner Mitgliedsstaaten. Bis heute ist es nicht gelungen, die großen Ungleichgewichte in den Handels- und Kapitalströmen abzubauen.

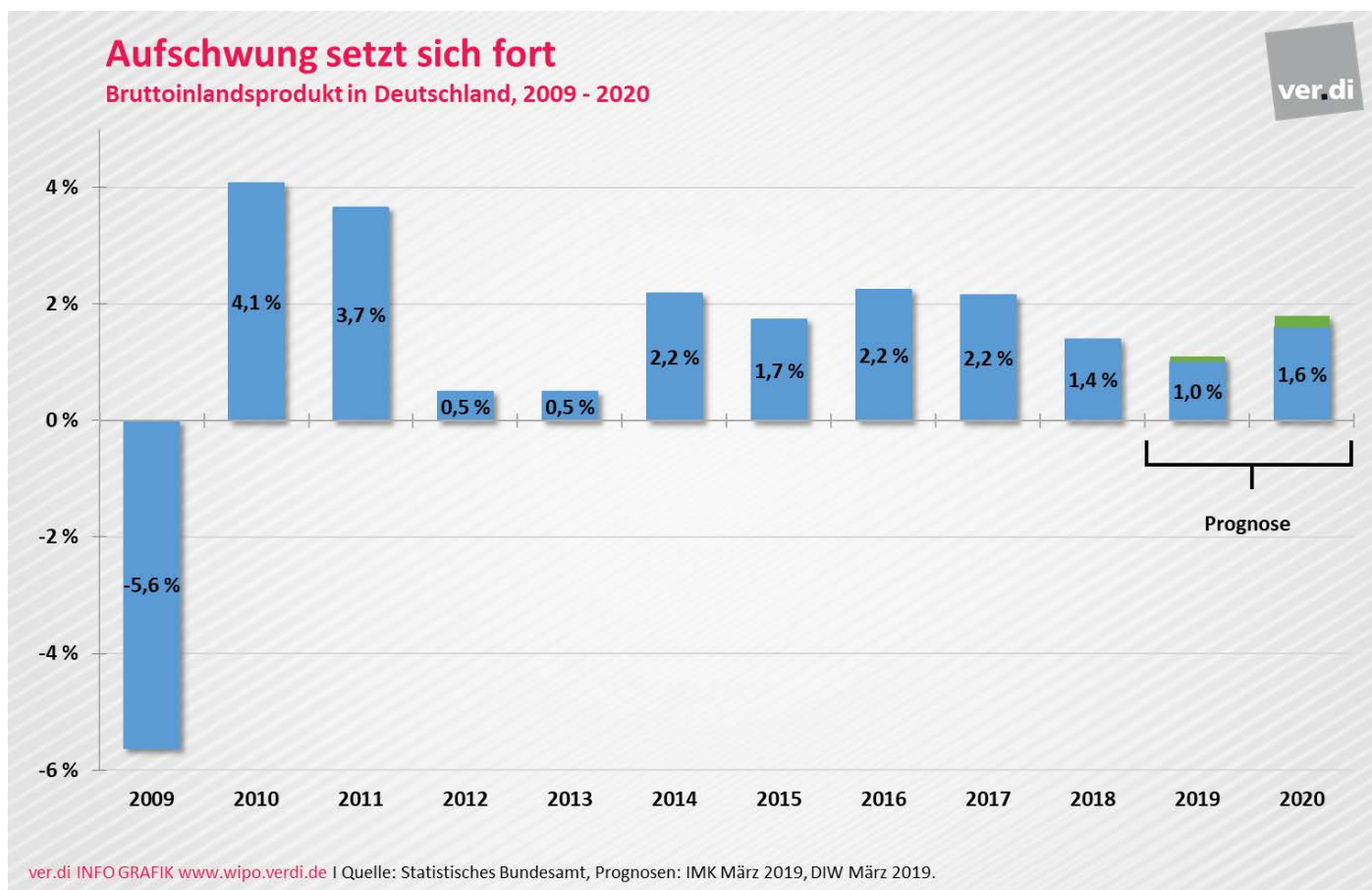
Die Schwellenländer sind weiterhin auf Wachstumskurs. Der IWF rechnet mit einem durchschnittlichen Wachstum dieser Ländergruppe von 4,5 Prozent. Besonders dynamisch entwickeln sich die asiatischen Volkswirtschaften. Die chinesische Wirtschaft wird auch in diesem Jahr um vermutlich 6,3 Prozent wachsen. Treiber des chinesischen Wachstums ist die Binnennachfrage. Deswegen belastete der Handelsstreit mit den USA die chinesische Wirtschaft nicht stark. Zudem konnte die Abwertung der heimischen Währung Yuan die schwächere Exportnachfrage abfedern. Russland und Brasilien werden auch dieses Jahr weiterwachsen. Ein stabiler Ölpreis stützt ihre wirtschaftliche Entwicklung.

Das größte Risiko für die Weltwirtschaft ist ein Handelskrieg zwischen den USA, Europa und China. Hohe Schutzzölle und Exportquoten würden den Exportindustrien offener Volkswirtschaften sehr schaden. Die Produkte der Automobil-, Stahl-, Chemie- und Pharmaindustrie sowie des Maschinenbaus würden sich in den Zielländern empfindlich verteuern. Sollte der Absatz der Exportgüter zurückgehen, könnten starke inländische Produktions- und Beschäftigungsverluste folgen. Ob es soweit kommt, ist heute noch unklar. Aktuell droht der US-amerikanische Präsident China und Europäern mit protektionistischen Maßnahmen, um so seine Verhandlungsposition in Außenhandelsfragen zu verbessern. Eine Verhandlungslösung im Handelskonflikt ist weiterhin möglich.

Deutschland: Kein Grund zum Pessimismus

In den letzten Jahren war die Binnennachfrage ein wichtiger Treiber der guten Konjunktur: Die Bauwirtschaft florierte, die öffentlichen Haushalte erhöhten ihre Ausgaben, und auch die privaten Haushalte konsumierten mehr. Letzteres war die Folge hoher Reallohnsteigerungen sowie der guten Arbeitsmarktlage. Wenn mehr Menschen mehr Geld in der Tasche haben, können sie auch mehr Geld ausgeben.

Im dritten Quartal 2018 schwächte sich die Konjunktur ab. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) schrumpfte gegenüber dem Vorquartal um 0,2 Prozent. Die Wirtschaftsforschungsinstitute erklärten dies – neben außenwirtschaftlichen Unsi-

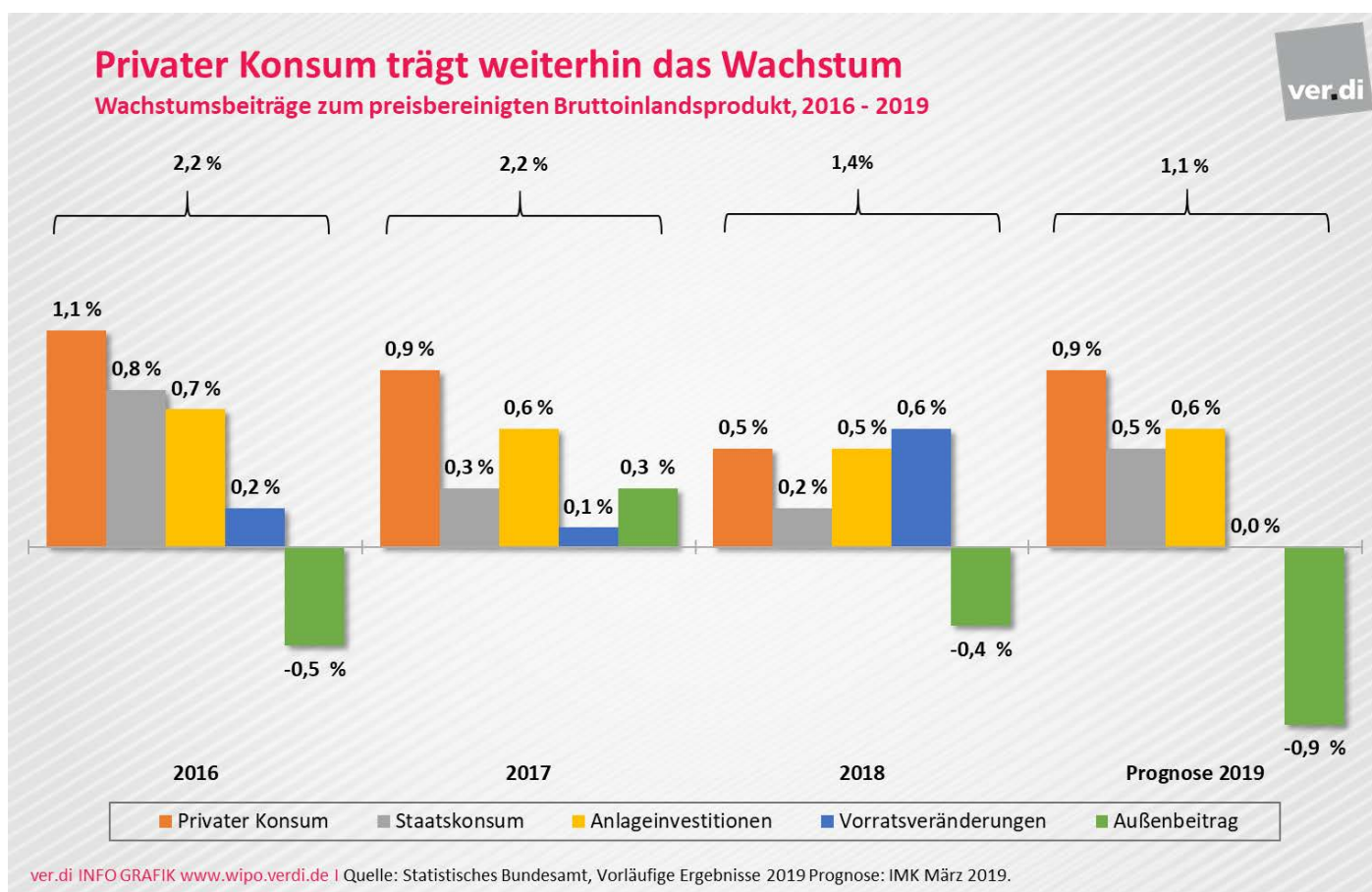


cherheiten – zunächst mit vorübergehenden, aber gravierenden Problemen der Automobilindustrie bei der Einführung eines neuen Abgas-Prüfverfahrens. Im Rückblick lässt sich festhalten: Diese Erklärung war zutreffend, aber das Ausmaß der konjunkturellen Abkühlung fiel größer aus als erwartet. Dafür verantwortlich war auch eine gewisse Abschwächung der globalen Konjunktur.

Im Winter schrumpfte das deutsche BIP zwar nicht mehr, stagnierte allerdings gegenüber dem Vorquartal. Gemäß der verbreiteten Definition einer Rezession – Rückgang des BIP in zwei aufeinander folgenden Quartalen – ist Deutschland damit sehr knapp an einer Rezession vorbeigeschrammt. Für übertriebenen Pessimismus gibt es aber keinen Grund. Letztes Jahr wuchs die deutsche Wirtschaft um immer noch befriedigende 1,4 Prozent. Auch für die nächsten Jahre gehen die In-

stitute von einem weiteren Wachstum in ähnlicher Höhe aus. Das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) prognostiziert für 2019 ein Plus von 1,1 Prozent, das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) von 1,0 Prozent. Für 2020 geht das IMK mit 1,6 Prozent von einem wieder etwas stärkeren Wachstum des BIP aus, das DIW prognostiziert sogar 1,8 Prozent.

Gegen übermäßigen Pessimismus spricht vor allem die gute Binnennachfrage. Sie wird die Konjunktur weiter stützen. So dürfte der Konsum der Privathaushalte auch 2019 weiter zunehmen. Dafür sorgen zum einen gute Lohnsteigerungen und eine weitere Erholung des Arbeitsmarkts, zum anderen aber auch eine Erhöhung des Kindergelds zur Jahresmitte 2019 sowie Entlastungen der Haushalte etwa durch die Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung der Krankenkassen-



Beiträge zum Jahreswechsel 2018/2019. Bund, Länder und Gemeinden werden zusammen weiterhin Überschüsse verzeichnen. Vom Staatskonsum dürften daher weiter positive Impulse ausgehen.

Auch die guten Umsätze im Einzelhandel zum Jahresbeginn sowie die gute Auftragslage der Bauindustrie sprechen für eine nach wie vor robuste Binnen-

» Die Binnennachfrage stützt die Konjunktur.

nachfrage. Die Auftragsbücher der Industrie sind noch immer voll. Das IMK prognostiziert für 2019 bei den Bauinvestitionen ein Plus von 3,5 Prozent, hier sind insbesondere der Wohnungsbau und der öffentliche Bau die Treiber. Auch die Ausrüstungsinvestitionen sollen 2019 weiter zunehmen, wenn auch mit 2,4 Prozent in geringerem Umfang als in den Vorjahren.

Hingegen dürfte vom Außenhandel im aktuellen Jahr ein negativer Wachstumsbeitrag ausgehen. Die Exporte wachsen laut IMK-Prognose um 2,4 Prozent, die Importe um 4,7 Prozent. Angesichts des nach wie vor (zu) großen deutschen Außenhandelsüberschusses (2018: etwa 7 Prozent) ist diese Entwicklung zu begrüßen. Zugleich unterstreicht sie die große Bedeutung, die die Binnennachfrage für die konjunkturelle Entwicklung hat.

Die Binnennachfrage sollte aber auch aufgrund der außenwirtschaftlichen Unsicherheiten gestärkt werden: Insbesondere der drohende harte Brexit sowie der Handelsstreit zwischen den USA, China und der EU führen zu Verunsicherungen. Wenn sich vor diesem Hintergrund Weltwirtschaft und Welthandel negativer entwickeln sollten, als es aus heutiger Sicht zu vermuten ist, so wäre dies ein weiterer guter Grund für eine Stärkung der Binnennachfrage.

Öffentliche Haushalte: Spielräume bleiben bestehen

Die öffentlichen Haushalte verzeichnen seit einigen Jahren Überschüsse. Dies ist im Kern auf die gute konjunkturelle Entwicklung sowie das allgemein niedrige Zinsniveau zurückzuführen. Kräftige Lohnsteigerungen haben zu steigenden Steuer- und Beitragseinnahmen geführt. Insbesondere in der ersten Jahreshälfte 2018 hatte zudem die verzögerte Regierungsbildung niedrigere Ausgaben zur Folge und damit den Bundeshaushalt entlastet. Das Haushaltsplus betrug 2018 beim Bund 18 Mrd. Euro, bei den Ländern waren es über 10 Mrd. Euro. Die Gemeinden verzeichneten insgesamt Überschüsse von fast 14 Mrd. Euro, die Sozialversicherungen von fast 15 Mrd. Euro (in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen).

Trotz der derzeitigen konjunkturellen Eintrübung bleiben die finanziellen Spielräume auch in den kommenden Jahren erhalten, wenngleich in etwas geringerem Umfang. Die Steuerschätzung vom November 2018 korrigiert ihre Annahmen für 2019 gegenüber der Mai-Steuerschätzung zwar nach unten, geht aber für 2020 wieder von höheren Steuereinnahmen aus. Das DIW prognostiziert für das laufende Jahr Haushaltsüberschüsse von insgesamt 43 Mrd. Euro, 2020 sollen es 38 Mrd. Euro sein. Die finanzpolitische Ausgangslage ist und bleibt damit gut, Spielräume für (dringend notwendige) Mehrausgaben sind nach wie vor da.

Wichtig ist allerdings, dass die Überschüsse nicht für konjunkturpolitisch wirkungslose und sozial schädliche Steuersenkungen für Gutverdienende genutzt werden, sondern für tatsächlich sinnvolle Zwecke: für öffentliche Zukunftsinvesti-

tionen, für soziale Dienstleistungen, für mehr Personal im öffentlichen Dienst sowie für höhere Löhne und Gehälter der in öffentlichen und sozialen Dienstleistungen Beschäftigten. Gerade in diesen Bereichen gibt es nach wie vor einen enormen Handlungs- und Nachholbedarf.

Die Wirtschaftsforschungsinstitute rechnen erfreulicherweise mit weiter steigenden Staatsausgaben. Ein Selbstläufer ist das allerdings nicht. Anfang Februar berichteten verschiedene Medien von Berechnungen des Bundesfinanzministeriums, denen zufolge rückläufige Steuereinnahmen und höhere Ausgaben bis 2023 ein 25 Mrd. Euro großes Loch in den Bundeshaushalt reißen könnten. Dies entspricht etwa fünf Mrd. Euro pro Jahr. Deswegen sollten die einzelnen Ministerien keine Mehrausgaben in ihrer Budgetplanung vorneh-

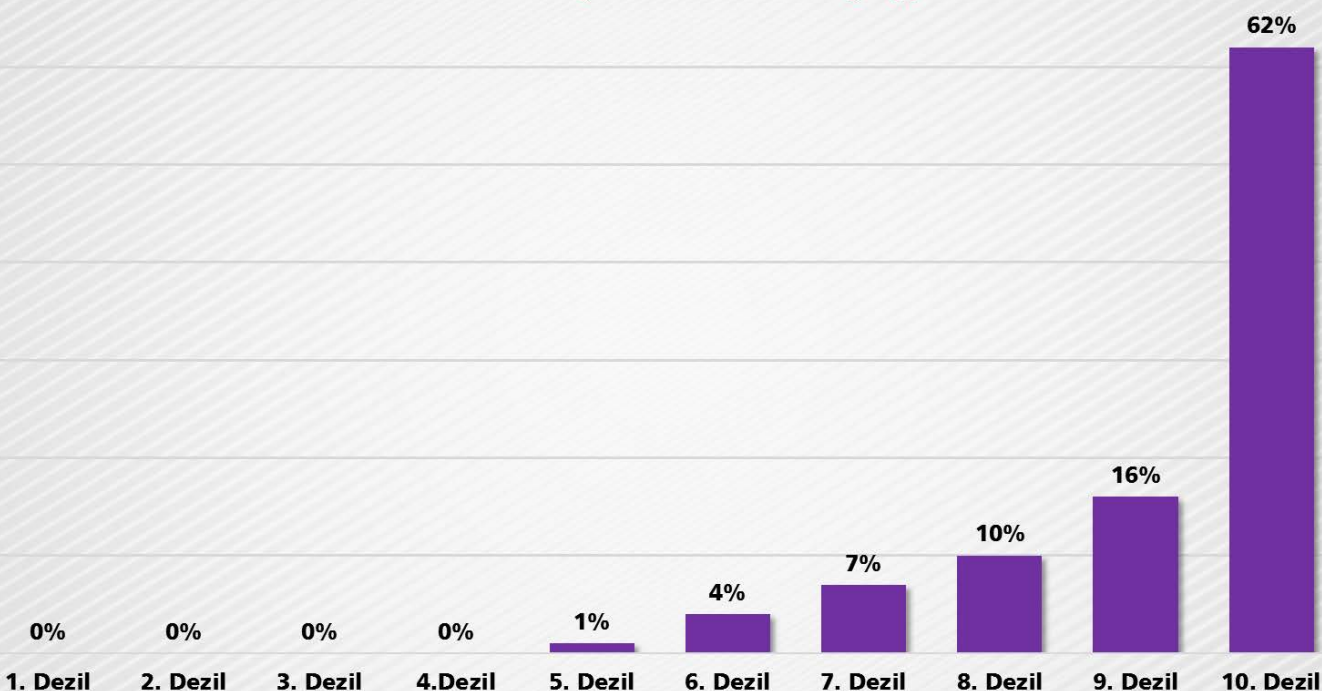
men, die Personalausgaben sollten „eingefroren“ werden, so das Ministerium.

Dies könnte ein erster Schritt hin zu einer Kehrtwende in der Ausgabenpolitik sein. Wenn der Staat aber im Abschwung auf die Ausgabenbremse tritt, verschärft er nur die negative wirtschaftliche Entwicklung. Denn Staatsausgaben sind auch immer Einnahmen von Unternehmen und Privathaushalten. Wenn die Ausgaben hingegen aufrechterhalten oder ausgeweitet werden, stützt diese staatliche Nachfrage die konjunkturelle Entwicklung und hilft, wirtschaftliche Schwächephasen zu überwinden. In der jetzigen Situation öffentliche Ausgaben zu kürzen, ist daher eine schlechte Idee.

Ähnliche Gründe sprechen auch gegen ein anderes finanzpolitisches Vorhaben der Bundesre-

Abschaffung des Soli entlastet hohe Einkommen

Aufkommen aus dem Solidaritätszuschlag nach Einkommensgruppen in 2018



ver.di INFO GRAFIK www.wipo.verdi.de | Quelle: Rietzler, Katja; Truger, Achim (2018) Abschaffung des Solidaritätszuschlags: Ungerecht und Fiskalisch äußerst riskant. Verteilung nach Einkommensgruppen. ärmstes Zehntel = 1. Dezil; reichstes Zehntel = 10. Dezil, eigene Darstellung.

gierung: die Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Im schwarz-roten Koalitionsvertrag steht, dass der Soli „schrittweise“ abgeschafft werden solle. Ab 2021 entfällt er zunächst für 90 Prozent der Soli-Zahlenden (Entlastungsvolumen: 10 Mrd. Euro). Aus konservativ-liberalen Kreisen gibt es Stimmen, die eine sofortige vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags fordern. Eine Gegenfinanzierung, indem der Soli in den „regulären“ Einkommensteuertarif „übernommen“ wird, ist dabei nicht vorgesehen.

Die teilweise oder vollständige Abschaffung des Soli ist sowohl aus finanzpolitischer wie auch aus verteilungspolitischer Sicht abzulehnen. Der Soli wird ausschließlich von der reicheren Hälfte der Bevölkerung sowie aus Unternehmensgewinnen bezahlt.

Alleine die privaten Haushalte zahlen

» Eine Abschaffung des Soli entlastet vor allem obere Einkommensgruppen

über 16 Mrd. Euro pro Jahr, hinzu kommen noch die Unternehmen in Höhe von fast zwei Mrd. Euro. Der größte Teil des Soli, nämlich fast zwei Drittel, entfällt auf das reichste Zehntel der Einkommensbezieher. Der Solidaritätszuschlag ist somit ökonomisch sinnvoll und sozial gerecht. Würde er wie vorgesehen abgeschafft, so käme dies nicht nur einer Umverteilung von unten nach oben gleich, sondern gleichzeitig müssten öffentliche Ausgaben gestrichen bzw. weniger stark ausgeweitet werden.

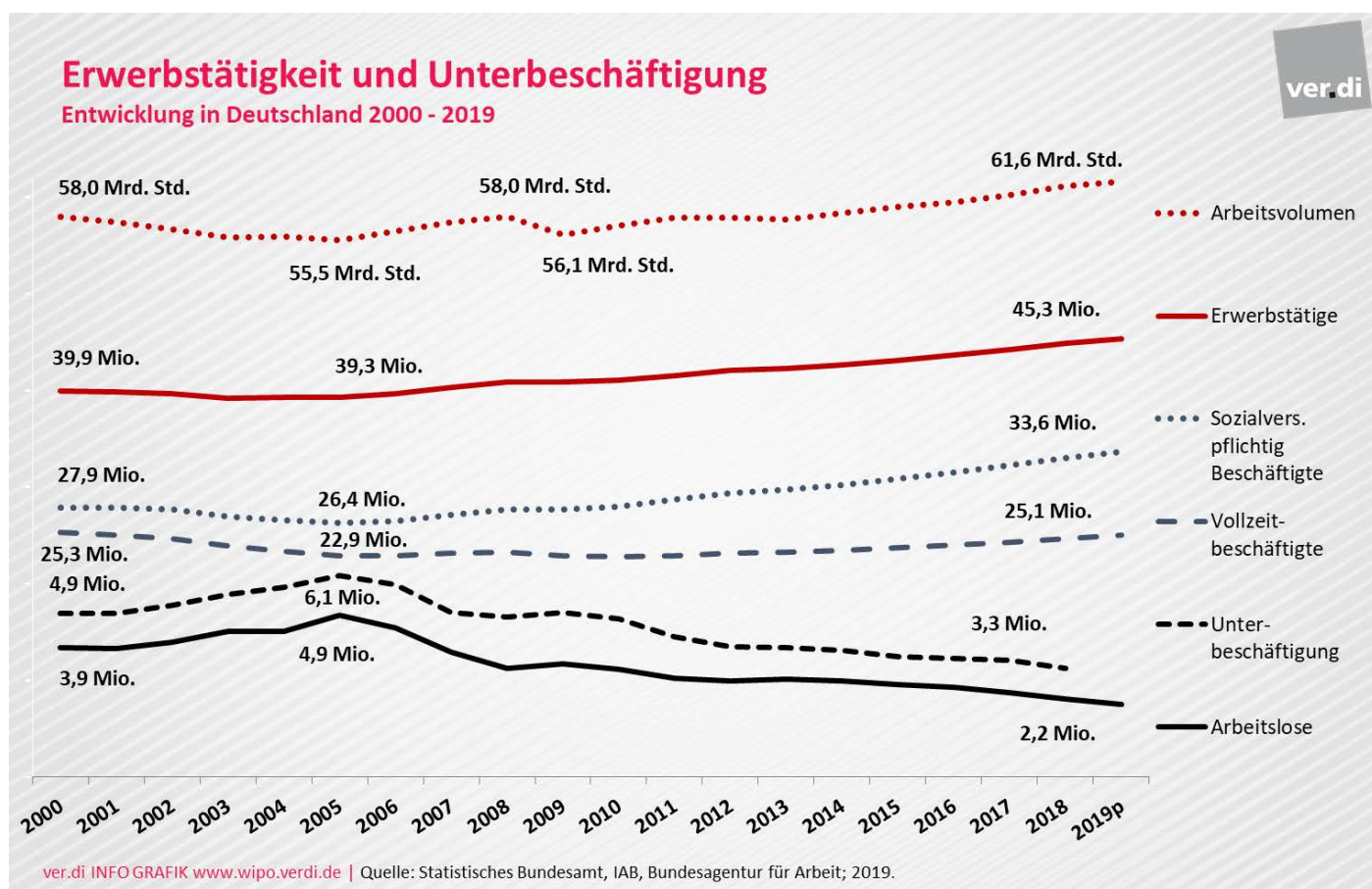
Dies gilt jedenfalls, wenn die Bundesregierung an der „schwarzen Null“ festhält, wovon auszugehen ist. Die konjunkturelle Wirkung einer Abschaffung des Solidaritätszuschlags wäre dann negativ – denn öffentliche Ausgaben stärken die Binnennachfrage sehr viel mehr als Entlastungen für reiche Haushalte, die einen großen Teil dieses Steuergeschenks auf die hohe Kante legen.

Weiter mehr Beschäftigung, weniger Arbeitslosigkeit

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt bleibt robust. Der Beschäftigungsanstieg der letzten Jahre setzt sich weiter fort, wenn auch mit etwas schwächerer Dynamik. 2018 lag die Beschäftigung jahresdurchschnittlich auf einem neuen Rekordstand von 44,8 Millionen, um 570.000 Personen höher als 2017. Dabei stieg die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung besonders kräftig um etwa 750.000 Arbeitskräfte auf jahresdurchschnittlich knapp 33 Millionen an. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten stieg um knapp 400.000.

Die Anzahl ausschließlich geringfügig Beschäftigter sank etwas auf 4,7 Millionen, ebenso die Anzahl der in Haupterwerbstätigkeit Selbständigen auf 4,2 Millionen. Es ist zu erwarten, dass sich diese Entwicklungen auch 2019 fortsetzen werden. Die Zahl der Erwerbstätigen wird nach den vorliegenden Prognosen um etwa 500.000 zunehmen und 2019 deutlich über 45 Millionen liegen, die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bei etwa 33,5 Millionen.

Besonders starke relative Zuwächse der Beschäftigung haben sich 2018 im Dienstleistungssektor in den Zweigen Logistik, Post-, Kurier- und Expressdienste sowie Information und Kommunikation abgespielt. Absolut gab es den stärksten Beschäftigungszuwachs im Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit mit 180.000 Personen. Im Produzierenden Gewerbe beliefen sich die Beschäftigungszuwächse auf 150.000 Personen. Regional gab es die relativ stärksten Zuwächse sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung mit 3,5 Prozent im Land Berlin – gegenüber zwei Prozent bundesweit.



Trotz der grundsätzlich positiven Entwicklung bleibt der Anteil prekärer Beschäftigung auf hohem Niveau. Knapp 40 Prozent der Arbeitsverhältnisse waren auch 2018 atypisch (Teilzeit oder Minijobs, befristete Beschäftigung, Leiharbeit). Mehr als die Hälfte der Neueinstellungen in Betrieben mit über 100 Beschäftigten erfolgt nur befristet. Die Zahl der in regulärer Teilzeit (ohne Minijobs) Beschäftigten wächst weiterhin kräftig um knapp 400.000 pro Jahr. Ebenfalls kontinuierlich um über 100.000 pro Jahr deutlich ansteigend ist die Zahl der im Nebenjob geringfügig Beschäftigten.

Bei den ausschließlich geringfügig Beschäftigten überwiegen die Frauen mit zwei Dritteln deutlich, bei den geringfügigen Nebenbeschäftigten dominieren die Männer. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) weist dabei darauf hin, dass Personen mit Nebenjob im Durch-

schnitt in ihrem Hauptjob deutlich weniger verdienen als jene ohne. Somit scheinen viele Beschäftigte schlichtweg auf das Geld einer zweiten Einkommensquelle angewiesen zu sein. Dies wird bestärkt durch den hohen Anteil an Personen im untersten Lohnsegment mit Nebenjob.

Die registrierte Arbeitslosigkeit geht weiter zurück. Im vergangenen Jahr sank sie um 190.000 Personen. Jahresdurchschnittlich waren 2018 2,34 Millionen Personen als arbeitslos registriert. Die Arbeitslosenquote sank von 5,7 auf 5,2 Prozent der zivilen Erwerbspersonen, in Ostdeutschland von 7,6 auf 6,9 Prozent. Unterbeschäftigt waren 2018 deutlich mehr Personen: 3,3 Millionen. Unterbeschäftigte sind Personen, die sich entweder in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen befinden oder kurzfristig erwerbsunfähig sind. Diese sind in den Arbeitslosenzahlen nicht erfasst. Arbeitslo-

sengeld I erhalten knapp 700.000 Personen, Leistungen aus dem Arbeitslosengeld II (Hartz IV) etwa 4,1 Millionen erwerbsfähige und 1,7 Millionen nichterwerbsfähige Personen, ganz überwiegend Kinder.

Die nach der jüngsten IAB-Erhebung hohe Anzahl von fast 1,5 Millionen offenen Stellen deutet auf eine anhaltend hohe Nachfrage nach Arbeitskräften hin. Die Anzahl der registrierten Arbeitslosen wird 2019 voraussichtlich um weitere über 100.000 Personen sinken. Die etwas nachlassende Konjunkturdynamik dürfte sich zunächst wenig auf dem Arbeitsmarkt niederschlagen.

Die Tariflöhne- und Gehälter stiegen im Jahr 2018 um drei Prozent, die Effektivlöhne je Stunde um 2,8 Prozent. Begünstigt durch die gute Beschäftigungsentwicklung gewann die Lohnentwicklung damit etwas an Dynamik. In den beiden Jahren zuvor sind die Bruttoverdienste um nur je 2,4 Prozent angestiegen. Da die Preissteigerung sich auf 1,9 Prozent erhöhte, war die reale Veränderung der Bruttostundenlöhne mit einem Anstieg von 0,9 Prozent jedoch eher moderat. Die reale Tariflohnentwicklung war mit einem Anstieg von 1,1 Prozent etwas stärker. Damit konnte im Jahr 2018 der verteilungsneutrale Spielraum mehr als ausgeschöpft werden – die gesamtwirtschaftliche Produktivitätssteigerung fiel mit nur 0,1 Prozent Zuwachs ungewöhnlich gering aus.

Lohnzuwächse stabilisieren

Die Löhne sollten auch im laufenden Jahr wieder kräftig steigen. Gerade angesichts der wachsenden internationalen Risiken ist eine steigende Binnennachfrage entscheidend für eine weiterhin positive Wirtschaftsentwicklung. Dabei

spielen die Löhne und Gehälter als entscheidende Einkommensquelle der privaten Haushalte und damit für den privaten Konsum eine ausschlaggebende Rolle. Auch die weitere Entwicklung der Renten und anderen Sozialeinkommen hängt wesentlich an der Steigerung der Löhne.

Eine wichtige Orientierungsmarke für Tarifabschlüsse ist der so genannte verteilungsneutrale Spielraum. Dieser berechnet sich aus dem gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs und dem Preisanstieg. Nur wenn die tatsächlichen Lohnerhöhungen den verteilungsneutralen Spielraum ausschöpfen, bleibt der Anteil der Beschäftigten am Volkseinkommen gegenüber dem Vorjahr unverändert. Andernfalls gelingt es der Unternehmenseite, sich einen überproportionalen Anteil der gesamtwirtschaftlichen Einkommenszuwächse anzueignen.

Das war leider in den 2000er Jahren im Gefolge der hohen Arbeitslosigkeit und zunehmender prekärer Beschäftigung, abnehmender Tarifbindung und nicht zuletzt der Hartz-Reformen am Arbeitsmarkt in erheblichem Umfang der Fall. Dieser verteilungspolitische Rückschlag zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist im-

» **Der Spielraum für Lohn-
erhöhungen liegt auch
2019 bei ca. drei Prozent.**

mer noch nicht wieder aufgeholt. Der Rückgang der Tarifbindung hat sich auch im laufenden Jahrzehnt weiter fortgesetzt. Nach Daten des IAB-Betriebspanels arbeiteten im Jahr 2017 in Deutschland insgesamt nur noch 55 Prozent aller Beschäftigten in tarifgebundenen Betrieben, davon 47 Prozent in Unternehmen mit Branchentarifverträgen und 8 Prozent in Unternehmen mit Haus- und Firmentarifverträgen.

Gewerkschaftliches Ziel ist es, den Verteilungsneutralen Spielraum mindestens aususchöpfen. Wenn es möglich ist, ist auch eine darüber hinausgehende Rückumverteilung anzustreben. Für 2019 erwarten die Konjunkturprognosen einen Anstieg der Verbraucherpreise in Deutschland von 1,3 bis 1,5 Prozent. Die Arbeitsproduktivität wird allerdings wegen des geringen Wachstums bei weiter steigender Beschäftigung nahezu stagnieren, das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Böckler Stiftung (IMK) erwartet einen Zuwachs von 0,1 Prozent. Daraus ergibt sich ein verteilungsneutraler Spielraum für Lohnerhöhungen von etwa eineinhalb Prozent. Wenn man die Zielinflationsrate der EZB von knapp zwei Prozent und für Entwicklung der Produktivität den Trend über mehrere Jahre in Höhe von einem Prozent ansetzt, beträgt der Spielraum etwa drei Prozent. Und zwar bezogen auf 12 Monate und auf das Ergebnis, nicht die Forderung. Diese muss selbstverständlich höher ausfallen.

Wenn es im Jahr 2019 oder danach tatsächlich zu einer stärkeren Abschwächung der Wirtschaftskonjunktur oder gar zu einer Krise kommen sollte, wären weiter steigende Löhne zur Stabilisierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage umso wichtiger. In solchen Phasen ist es auch normal, dass der rechnerische Verteilungsspielraum überschrit-

ten wird und die Lohnquote steigt. Die anhaltend sehr hohen außenwirtschaftlichen Überschüsse zeigen, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft durch steigende Löhne nicht gefährdet wird. Ein Abbau der Überschüsse durch höhere Importe für den Konsum der Beschäftigten, einschließlich Urlaubsreisen ins Ausland, würde auch die Gefahr von Strafzöllen der USA mindern.

Zugleich sollte die Wirtschaftspolitik Maßnahmen vorbereiten, um gegen einen drohenden Rückgang der Wirtschaftsleistung Nachfrage und Beschäftigung zu stärken. Grundsätzlich sollte die Politik einen sozial-ökologischen Umbau und den Übergang zu einer stärker ausgeglichenen, nicht auf überhöhten Exportüberschüssen beruhenden Wirtschaftsentwicklung voranbringen. Dazu gehören höhere öffentliche Investitionen und Personalausgaben, verbesserte Sozialleistungen sowie einen Ausbau sozialer Dienstleistungen. Dazu gehören aber auch politische Maßnahmen zur Stärkung der Tarifbindung und der Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Konkret bedeutet dies insbesondere eine Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen, auch ohne Zustimmung der Arbeitgeberverbände, Einschränkung von Befristungsmöglichkeiten wie auch des Missbrauchs von Leiharbeit, Werkverträgen und Selbständigen zur Lohnrückerei wie auch Überführung von Minijobs in voll sozialversicherte Beschäftigung.

» Steigende Löhne gefährden die Wettbewerbsfähigkeit nicht.

Impressum

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Bundesvorstand, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin – Ressort 1, Frank Bsirske

Bereich Wirtschaftspolitik: Dr. Dierk Hirschel, Ralf Krämer, Dr. Patrick Schreiner, Anita Weber, Lena Müller, Bertan Yayla, April 2019.

Kontakt: wirtschaftspolitik@verdi.de